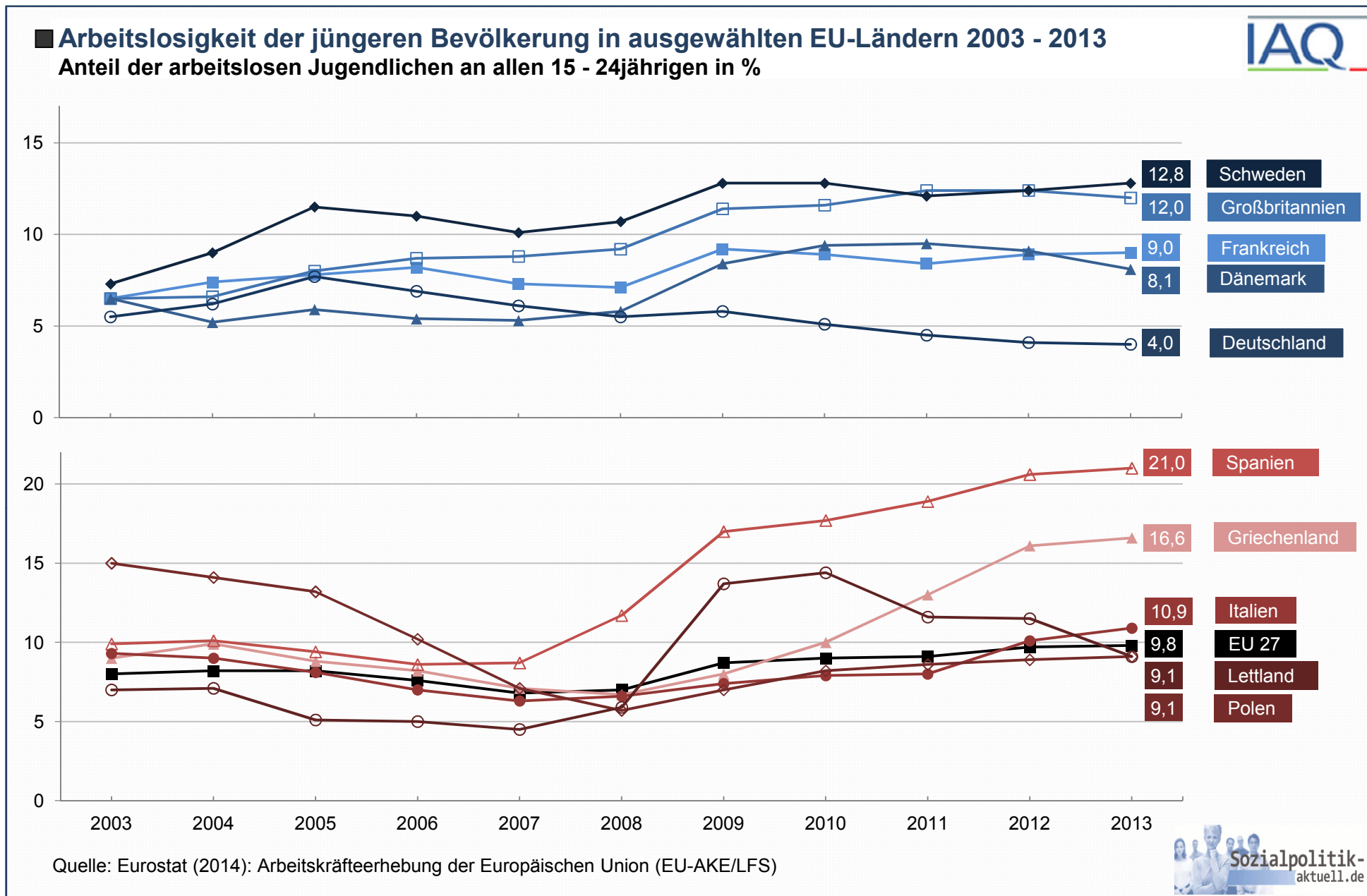


**Grafik des Monats 09/2014: Steigende Jugendarbeitslosigkeit ist insbesondere in Südeuropa erst wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise ein Problem**



## **Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an allen 15 bis 24jährigen in ausgewählten EU-Ländern 2003 – 2013: Steigende Jugendarbeitslosigkeit ist insbesondere in Südeuropa erst wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise ein Problem**

### **Kurz gefasst:**

- Vergleicht man den Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an allen (!) 15 bis 24jährigen zwischen ausgewählten EU-Ländern, lässt sich erkennen, dass 2013 Deutschland mit 4 % den mit Abstand niedrigsten Wert aufweist. Die meisten anderen Länder verzeichnen eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit zwischen 8 % und 10 %, wobei Spanien (21 %), Griechenland (16,6 %), Schweden (12,8 %) und Großbritannien (12 %) besonders hohe Werte aufweisen.
- Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist in den vergangenen zehn Jahren insgesamt besorgniserregend. Zwischen den Jahren 2003 und 2013 verzeichnen lediglich Polen (- 39,3 %) und Deutschland (- 27,3 %) einen Rückgang, wobei sich die Arbeitslosigkeit der unter 25jährigen in Polen seit dem Jahr 2008 kontinuierlich erhöht hat. Dagegen ist in allen anderen ausgewählten Ländern die Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren stark angestiegen, besonders deutlich in Spanien (+ 112,1 %), Großbritannien (+ 84,6 %) und Griechenland (+ 84,4 %).
- Vergleicht man die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit vor und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise, zeigt sich bis zum Jahr 2008 im EU-Durchschnitt zwar einen Rückgang von 12,5 %, allerdings weisen die einzelnen Länder deutliche Unterschiede auf. Die größten Rückgänge der Arbeitslosigkeit bis 2008 verzeichnen mit Polen (- 62 %), Italien (- 29 %), Griechenland (- 25,6 %) und Lettland (- 15,7 %) insbesondere die süd- und osteuropäischen Länder. Im Gegensatz dazu sind im gleichen Zeitraum vor allem Schweden (+ 46,6 %) und Großbritannien (+ 41,5 %) von hohen Zuwächsen betroffen.
- Mit dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise steigt die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2009 in allen Ländern ohne Ausnahme. Im EU-Durchschnitt wächst die Arbeitslosigkeit um 24,3 % und trifft im ersten Jahr der Krise besonders deutlich Lettland (+ 132,2 %), Spanien (+ 45,3 %) und Dänemark (+ 44,8 %).
- Seitdem ist lediglich in Deutschland bis 2013 die Jugendarbeitslosigkeit wieder unter das Vorkrisenniveau von 2008 gefallen, während vor allem die südeuropäischen Länder eine anhaltende Negativentwicklung durchleben. So erhöhte sich die Arbeitslosigkeit seit 2008 bis 2013 in Griechenland um 147,8 %, in Spanien um 79,5 %, in Italien um 65,2 %. Aber auch in den weiteren ausgewählten Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit seit 2008 um mindestens 25 % angestiegen.

## Hintergrund

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gilt als ein zentraler Indikator für den Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft. Denn gerade für Jugendliche ist Arbeitslosigkeit nicht nur mit massiven Einkommensproblemen sondern auch mit unsicheren Berufs- und Lebensperspektiven verbunden. Am Beginn des Berufslebens - trotz größtenteils guter schulischer und beruflicher Ausbildung - arbeitslos zu sein und zu bleiben, führt zu dem Risiko, dauerhaft ausgegrenzt zu werden. Zugleich kommt es zur Entwertung von Qualifikationen und damit zu einer Beeinträchtigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen.

Allein im Jahr 2013 sind von allen 26 Mio. Arbeitslosen in der EU etwa ein Fünftel unter 25 Jahren. Deshalb vereinbarte die EU in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Programmen gegen Jugendarbeitslosigkeit. Zu den wichtigsten zählen die „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“, das „Paket zur Jugendbeschäftigung“, „Jugend in Bewegung“ sowie die „Europäische Ausbildungsallianz“, die vor allem mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden und u.a. folgende Ziele und Maßnahmen beinhalten:

- länderspezifische Unterstützung von Reformen zur Schaffung von besseren Bildungs- und Ausbildungsstrukturen in den Ländern
- insbesondere in Regionen mit einer Jugendarbeitslosenquote von über 25 % sollen junge Menschen gezielt gefördert werden, die sich weder in Aus- oder Fortbildung noch in einem Beschäftigungsverhältnis befinden
- alle jungen Menschen unter 25 Jahren sollen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein konkretes und passendes Stellenangebot erhalten (Jugendgarantie)
- die Schulabbrecherquote soll auf unter 10 % sinken
- Wer seine Ausbildung abbricht soll bei der Suche nach einem neuen Ausbildungsplatz gezielt unterstützt werden
- 40 % der 30-34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss vorweisen können
- Vereinfachung der Arbeitssuche in einem anderen EU-Land und Aufbau eines europäischen Arbeitsmarktes
- bessere Zusammenarbeit von Behörden, Unternehmen und Gewerkschaften auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene
- Unternehmen sollen mehr (finanzielle) Anreize erhalten, damit sie mehr junge Menschen einstellen und langfristig behalten

Angesichts der sehr allgemein gehaltenen Ziele und der unterschiedlichen nationalen Herausforderungen, erscheint es fragwürdig, ob die Jugendarbeitslosigkeit durch die EU-Maßnahmen in den einzelnen Ländern tatsächlich zurückgehen wird. Trotz der umfassenden und vielfältigen

Bemühungen der EU, benötigen die Länder letztlich eine nachhaltige ökonomische Wachstumsstrategie, die zu mehr Arbeitsplätzen und einer besseren beruflichen Perspektive führt. Denn die bisherige Austeritätspolitik hat in den betroffenen Ländern bislang nicht zu einer Erholung der Wirtschaft (vgl. [Abbildung X.1](#)) und des Arbeitsmarktes (vgl. [Abbildung X.14](#)) beigetragen, sondern die sozialen Probleme und die Armutsrisiken in diesen Ländern weiter verschärft (vgl. [Abbildung X.10](#)).

## Methodische Hinweise

Um die Betroffenheit Jugendlicher durch Arbeitslosigkeit zu verdeutlichen, werden die Arbeitslosen dieser Altersgruppe ins Verhältnis zur gesamten Bevölkerung dieser Altersgruppe gesetzt. Die so ermittelten Anteilswerte dürfen dabei nicht mit den Arbeitslosenquoten verwechselt werden. Denn bei der Berechnung der Arbeitslosenquote dienen als Vergleichsgröße nur die aktiv am Arbeitsmarkt Teilnehmenden, also Beschäftigte, Erwerbslose und Arbeitsuchende. Dadurch bleiben aber alle Jugendlichen unberücksichtigt, die sich noch in der Ausbildungsphase befinden, also in der Schule, der Universität, der beruflichen Ausbildung oder im Praktikum. Da Studenten und Schüler aber einen großen Teil der Jugendlichen eines Landes ausmachen, werden die Arbeitslosenquoten der jungen Menschen leicht missverstanden.

Ein Beispiel: Nach der offiziellen Statistik von Eurostat liegt die Arbeitslosenquote der Jugendlichen in Griechenland im Jahr 2013 bei 58,3 %. Das bedeutet aber nicht, dass von 100 Griechen unter 25 Jahren 58 ohne Arbeit sind. Absolut gesehen gelten in Griechenland etwa 176.500 der insgesamt knapp 1 Million unter 25jährigen als arbeitslos. Der Arbeitslosenanteil liegt also bei 16,6 % und nicht bei 58,3 %. Deshalb erscheint es sinnvoll, bei der vorgenommenen vergleichenden Betrachtung den Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an allen unter 25jährigen zu berechnen.

Die Daten zur Arbeitslosigkeit beruhen auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE; Labour Force Survey - LFS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat).

Abweichungen zu den Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Deutschland ergeben sich aus unterschiedlichen methodischen Vorgehensweisen. Während die BA mit den registrierten Arbeitslosen rechnet, verwendet Eurostat zur besseren internationalen Vergleichbarkeit die Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von Arbeitslosigkeit, der zufolge drei Kriterien vorliegen müssen: Die betroffene Person ist keiner mit einem Einkommen verbundener Tätigkeit nachgegangen (auch nicht selbstständig), aktiv auf Arbeitssuche und für eine Beschäftigung verfügbar. Die Person muss außerdem innerhalb von zwei Wochen für den Arbeitsmarkt verfügbar sein. Eine Registrierung beim Arbeitsamt ist hingegen nicht erforderlich.